

Volks-Zeitung

Verbreitungspreis: Otto Rucke, Berlin-Steiglitz. Einzelheft 0,20, 10 Hefte 1,80, 100 Hefte 18,00.

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle. Zutuhr in Fleisch stark. Preise trotz stillen Geschäfts wenig verändert.

Send und Berlin: Rudolf Wolff, Berlin. Strassenbahn 0,15, Post-Ordnung 0,15, Fern-Ost 0,08.

Die Deutschnationalen kneifen

Entscheidung in der deutschnationalen Fraktionsführung - Frühzeitiges Ende der heutigen Besprechung

Die Besprechungen der Mittelparteien mit den Deutschnationalen über die Fragen der Regierungsbildung wurden heute im Reichstage fortgesetzt. Bald nach 12 Uhr wurde von den verhandelnden Parteien folgendes Communiqué ausgegeben: „Die gestern verbotenen interfraktionellen Verhandlungen über die Regierungsbildung wurden heute fortgesetzt. Unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Schöpl (D. V. P.) waren anwesend die Herren Graf Westarp, (D. V. P.), Schulz-Strömgren (Deutschnat.), Dr. Spahn, Stegerwald, Schöberl, Kammerer (Zentr.), Dr. Curtius, Kempfers (D. V. P.), Koss, Gerlach, v. Siemens (Zentr.) und Gmünder (Bauer, D. V.).

Wein gestellt. In diesem Augenblick erklärten Sie, darauf noch keine Antwort geben zu können, da erst die Fraktion einen Beschluss fassen müsse. Die Deutschnationale Fraktion ist, übrigens bereits gestern, am Montag nachmittag 4 Uhr einberufen worden. Dann dürfte eine gewisse Entscheidung fallen. Die Deutschnationalen stehen vor der Frage: „Wie reagiere ich meinem Wähler? Sie wollen anfallen, aber doch bei den beschriebenen Wählern nicht diesen Eindruck hervorzurufen.

In der zweiten Nachmittags-Sitzung erschien der Reichsfanzler Dr. Marx im Reichstage und hatte eine Besprechung mit einigen Vertretern der bürgerlichen Mittelparteien, die an den Konferenzen mit den Deutschnationalen teilgenommen hatten. Dabei wurde die Frage erörtert, ob und wann die Regierung zurücktreten sollte. Es wurde beschlossen, daß das Reichsoberhaupt durch nicht demissionieren soll, weil man erst die Beschlüsse der Deutschnationalen über die Frage ihres Eintritts oder Nichtsittens in die Regierung abwarten will.

Um 2 Uhr nachmittags fand die erste Fraktionsführung der Nationalsozialistischen Freiheitspartei statt. Der Abgeordnete Lubendorf sprach über die „Mittagszeit im Reichstage ein und hatte zunächst eine „Besprechung“ mit den Abgeordneten Gering und Müller.

Für die Besetzung des Amtes des Reichspräsidenten wurde in der Lage auch die Person des Herrn Brüdermann in Betracht kommen, falls die Sozialdemokraten den Präsidenten stellen wollen. Herr Brüdermann hat zwar selbst seiner Fraktion die Kandidatur widerrufen. Die Entscheidung darüber hängt aber von der Fraktion ab. Für den Fall des Ausschleidens aus dem Amt wird Herr Brüdermann wieder in die Leitung der „Völkischen Weltanschauung“, die nur durch sein Amt im Reichstage unterbrochen werden ist, zurückgegeben.

Alles blickt auf Deutschland

Die Alliierten sind sich einig und erwarten, daß die deutsche Regierung alles tut, um sie bei der Lösung der Reparationsfragen zu unterstützen

Rom, 23. Mai. (W. I. Z.) Nach einer Meldung der Agencia Volta sind die Entente-Mächte einig über die Notwendigkeit, eine Formel zu finden, um wirklich auf der Grundlage des Sachverständigenberichts die Lösung des Reparationsproblems zu beschleunigen. Diese Lösung jedoch voranz, daß auf deutscher Seite die Notwendigkeit besteht, die Bemühungen der Alliierten zu unterstützen und sich ferner voranz, daß die deutsche Regierung den Konkreten und konkreten Willen habe, alles zu tun, damit die Alliierten bei der Festlegung der Summen sowie der Art ihrer Zahlungen auf keine unüberwindlichen Schwierigkeiten stoßen. Die Forderungen, von denen letzten gesprochen worden sind, seien selbstverständlich Sanktionen wirtschaftlicher Natur, die erst festgestellt werden können nach ihrer Prüfung durch sämtliche beteiligten Regierungen und nach deren Entscheidung darüber.

In offiziellen Kreisen herrscht die Meinung vor, daß die nächsten Jahre viel Arbeit bringen werden. Diese würde fruchtbringend sein, wenn die deutsche Reichsregierung mit klarem Gesinnung für die Realitäten und im Bewußtsein ihrer Verantwortung die Alliierten unterstützen.

Paris, 24. Mai. (W. I. Z.) Zur Frage der deutschen Rabinetsbildung schreibt der „Aurore“ der Organ Douhaug, die Ansprüche Frankreichs nichts mit der Zusammenfügung der deutschen Regierung zu schaffen; aber einen Punkt werde man nicht übersehen dürfen, und zwar ist das, was möglich, daß nämlich die Deutschnationalen sich einer Selbstkündigung hingeben, wenn sie Erfolge zu erzielen hoffen, mit dem Einverständnis der Alliierten. Die Deutschnationalen immer bereitwilliger werden geben, die die Verpflichtung Deutschlands anerkannt hätten. Es gäbe auch nichts Gefährlicheres, für die Regelung der Reparationsfrage und des Friedens selber.

Die gestrigen Konferenzen Herriot und Doumergue mit Moutet

Der Abgeordnete Herriot hatte gestern nachmittag eine persönliche Unterredung mit dem Senatspräsidenten Coston

Doumergue. Nach seiner Besprechung am Vormittag mit Moutet unterhandelte Herriot auch mit dem sozialistischen Abgeordneten Moutet, der mit ihm auf derlei Wege geeinigt worden ist. Nach dem „Aurore“ hat Herriot die Besprechungen, namentlich hinsichtlich des Sachverständigenprogramms, unterbrochen. Der Abgeordnete soll nach dem gleichen Blatt mit dem Senatspräsidenten die finanzielle Erörterung haben. Wieder habe man sich dahin verständigt, daß die zukünftige Regierung unter allen Umständen den Ausgleich des Budgets erzielen müßte, ohne die erforderlichen Mittel durch Anleihen aufzubringen. Der Senatspräsident habe sich freilich über die Ausgabe der Einpartei und die Höhe des Konsums freigegeben, was man erhoffe, so müßte die Unterredung, die Moutet am 8. Juni mit dem Kommissar und dem Senatspräsidenten haben werde, die Entscheidung bringen.

Der Kampf gegen Millerand wird mit Energie weitergeführt

Paris, 24. Mai. (W. I. Z.) Der „Deuxième“ kommt in seinem Leitartikel noch einmal auf die Frage zu sprechen, ob Präsident Millerand nach dem Ernennungsurteil der Einpartei in Amt bleiben könne. Nach der Feststellung, daß mit der Bildung des neuen Kabinetts nicht vor dem 3. Juni begonnen werden könne, schreibt das Blatt, wenn die Ausgabe der Einpartei und die Höhe des Konsums freigegeben, was man erhoffe, so müßte die Unterredung, die Moutet am 8. Juni mit dem Kommissar und dem Senatspräsidenten haben werde, die Entscheidung bringen. Nachdem die Mehrheit dem Präsidenten der Republik zu verstehen gegeben habe, daß sie nicht mit ihm weiterarbeiten wolle, wurde es unbegreiflich sein, wenn sie auch nur einen einzigen Minister wählte, der gegen diese Barriere verstoße.

Denn damit würden die Einpartei, die in der heutigen Schmersenzeit die Regierung übernehmen, eine fürchterliche Verantwortung auf sich laden. Von ihrem Erfolg oder Mißerfolg habe das Schicksal nicht nur der republikanischen Partei, sondern des ganzen Landes ab. Daher habe sie ihnen vollkommen zu alle Verpflichtungen abzugeben, zum mindesten aber zu verlangen, daß das Sozialistische überhaupt ihre Pläne nicht durchquere. Günstig habe man noch nicht gesehen, wie Millerand die Verhandlungen zwischen in Ganges zum Schreiten gebracht habe. Inoffiziell erwiderte man ihm auch an das „Aurore“, die das Einverständnis Herriot mit Moutet

Schnelldienst

In Bremen haben die Kommunisten die Besetzung der Fraktionsführung gefordert, nachdem ein von ihnen eingereichter Widerspruch gegen den Genrat nicht sofort behandelt wurde. In Buenos Aires findet Ende September die 1. internationale sozialistische Konferenz statt. Die neue Administration in Mexiko bei der Wahl ist dem Verleumdung übergeben worden. Polen wird sich heute abend in der Versammlung der 50-jährigen Arbeiter der Weltvereinigung beschäftigen eine Rede halten.

Die mexikanisch-nordamerikanische Verständigung

Zeit Jahren haben zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten Differenzen geherrscht, die normale diplomatische Beziehungen unterbanden und teilweise zu schweren Konflikten geführt haben. 1913 drohte in Mexiko ein offener Bürgerkrieg zusammenzufallen, amerikanische Kontingente erschienen vor Veracruz und Truppen wurden an Land gesetzt. Auch während des Weltkrieges blieben die Beziehungen sehr gespannt, und man erinnert sich der verächtlichen Kombination des Staatssekretärs Zimmerman, die ein neues, gegen die U. S. A. gerichtetes Bündnisstadium in einer Beziehung zusammenbrachte, deren Original prompt in die Hände des Staatsdepartements von Washington fiel. Jetzt scheinen die Schwierigkeiten endlich vor der Applikation zu stehen.

Die Vereinigung der Streitigkeiten ist vornehmlich das Verdienst des neuen Vorkämpfers der Vereinigten Staaten in Mexiko, Herrn Warren. Im kommenden Herbst soll in der Hauptstadt Mexiko eine gemischte Kommission zusammengetreten, die über die gegenseitigen Ansprüche beraten und entscheiden soll. Präsident Obregon seinerseits hat dem Vorkämpfer Washingtons zugesichert, daß bis dahin alle Vertragsverpflichtungen bezüglich der verschiedenen Besitztümer, die Warren wegen Beschlagnahme amerikanischer Eigentums und der angeblichen Unzulässigkeitserklärung von Nachverträgen vorbrachte, hat die mexikanische Regierung eingehende Untersuchung und den Schutz der amerikanischen Interessen zugesichert. Die Vertretlichkeit Warrens, in weitgehend Verhandlungen mit der Regierung Obregons zu führen, legt den Schluß nahe, daß man in Washington den Aufstand Huertals als unterdrückt und die gegenwärtige Regierung als gesetzlich anerkannt. Mexiko ist das flache Land der Generalstaaten, die Erhebungen gegen die Zentralregierung nehmen kein Ende, und es ist ein heftiger Verdräusungsweiser, daß der mächtige Nachbar im Norden Obregon durch seinen Verhandlungswillen darbietet, wenn nicht eben der Präsident sich durch Nachgiebigkeit gegenüber den Forderungen Warrens die Unterstützung der U. S. A. sichern will.

Moskau fordert die Leiche von Marx

Englische Zeitungen wollen wissen, daß die Vertretung der Sowjetregierung in London um die Erlaubnis nachgesucht habe, die Leiche des im Jahre 1883 auf dem Highgate Friedhof in London bestatteten Karl Marx nach Moskau zu überführen, um sie dort auf dem Roten Platz beizusetzen. Sollte die Meldung sich bewahrheiten, so könnte man sie nicht anders denn als anmaßend bezeichnen. Das Erbe des großen sozialistischen Philosophen und Nationalökonomens ist heutzutage unteilbar, die Internationalen der Arbeiter und Sozialisten haben sich mit diesem Erbe, die Macht der Arbeiterklasse, die großen Staters des Sozialismus zu sein. Der Streit ist keineswegs entzündeten, und es entspricht nur einer betriebe schon historischen Anvorganz, die sich von Fall zu Fall wiederholt, wenn jetzt die Vertreter der Sowjets den bedeutenden Leuten aus der Erde herausheben und dadurch wiederum zum Gegenstand der politischen Streitigkeiten herabwürdigen wollen. Erweitert werden kann jetzt mit Gewißheit gesagt werden, daß MacDonald einem etwaigen Verlangen der russischen Delegation nicht nachkommen wird.

Was zählte Deutschland? - Was leistete Frankreich? Darüber unterrichtet Inapp, grünlich, tendenzlos eine Aufführung.



Warren